Sonderdruck:
Bernhard Sven Anuth, Partizipation im Rahmen des Möglichen. Die Kirchengemeindeordnung der Diözese Rottenburg-Stuttgart in kanonistischer Sicht (S. 439-469)
Partizipation im Rahmen des Möglichen

Die Kirchengemeindeordnung der Diözese Rottenburg-Stuttgart in kanonistischer Sicht


Universalkirchenrechtlich gilt hingegen nach c. 519 CIC: Der Pfarrer als »eigener Hirte« der ihm übertragenen Pfarrei übt für diese Gemeinschaft die Dienste des Lehrens, Heiligens und Leitens aus, wobei andere Priester oder Diakone »mitwirken«, Laien aber nach Maßgabe des Rechts nur »mithelfen« können.⁴ Und dies ist nicht etwa eine Ausnahme oder gar ein redaktionelles Versehen: Auf allen Verfassungsebenen der römisch-katholischen Kirche steht strukturell »die Rechtsstellung des jeweiligen Vorstehersamtes so sehr im Mittelpunkt«, dass Pfarrei und Diözese wie auch die Universalkirche »als das ausschließliche Betätigungsfeld des jeweiligen Vorstehers erscheinen, während die anderen Gläubigen lediglich als Empfänger und Empfängerinnen der priesterlichen und bischoflichen Seel- bzw. Hirtensorge wirken.«⁵ Und doch hat Papst Franziskus erst Ende September 2017 betont: Synodalität in der kirchlichen Leitung, die Aufwertung der Teilkirche und die Verantwortung aller Christgläubigen in der kirchlichen Sendung gehörten zu jenen »großen Themen, in denen das Kirchenrecht auch eine erzieherische Funktion ausüben und beim christlichen Volk das Heranwachsen eines Gespürs und einer Kultur fördern kann, die den Lehren des Konzils entspricht.«⁶
Die Frage nach Chancen und Grenzen von Partizipation in den Kirchengemeinden der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist also höchst aktuell. Zu einer Antwort aus kirchenrechtlicher Sicht sollen im Folgenden vier Schritte führen: (1.) ist am Beispiel der KGO das »Rottenburger Modell« grundsätzlich zu konturieren. (2.) sind dann im Rahmen einer kurzen (Rechts-)Geschichte die vom staatlichen Recht wie auch von innerkirchlichen Anforderungen geprägten Voraussetzungen der Rottenburger KGO zu erheben. Vor diesem Hintergrund sollen (3.) Grundentscheidungen und -linien der KGO aufgezeigt und schließlich (4.) das Rottenburger Modell einer »kooperativen Leitung« der Kirchengemeinde kanonistisch gewürdigt werden.

1. Die KGO als Umsetzung des »Rottenburger Modells« in der Kirchengemeinde


Strukturell zeichnet sich das Rottenburger Modell wesentlich dadurch aus, dass auf Diözesan- und Dekanatsebene wie auch in den Kirchengemeinden anstelle der vom universalen Kirchenrecht vorgesehenen Pastoralräte, der in Deutschland im Gefolge der Würzburger Synode


In vermögensrechtlicher Hinsicht übernimmt der Kirchengemeinderat die ihm von der KGO »zugewiesenen Aufgaben der örtlichen Vermögensverwaltung und wählt den Kirchenpfleger«, wodurch er ausdrücklich als Vermögensverwaltungsrat (»consilium a rebus oeconomicis«) im Sinne des Universalkirchenrechts fungiert (§ 17 Abs. 6 KGO). Darüber hinaus vertritt er, sofern die KGO nicht im Einzelfall anderes vorsieht und die Satzungen etwaiger ortskirchlicher Stiftungen keine besonderen Vertretungsgenehmigungen bestimmen, sowohl Kirchengemeinde und -pflege als auch gegebenenfalls vorhandene Ortskirchenstiftungen gerichtlich wie außergerichtlich (§ 17 Abs. 7 KGO). Und schließlich ist der KGR noch »die ortskirchliche Steuervertretung im Sinne des § 10 Abs. 1 Satz 1 KiStG und in dem von der Steuerordnung geregelt Umfang« (§ 17 Abs. 8 Satz 1 KGO), d. h. der KGR entscheidet u. a. über die Erhebung der Ortskirchensteuer.³⁰

der »Verantwortung für das Gemeindeleben«, die der KGR zusammen mit dem Pfarrer trage (§ 17 Abs. 1 Satz 2 KGO), wobei der zugehörige Verweis auf c. 536 CIC klarstellt: »Mitverantwortung« des KGR meint hier die rechtlich unverbindliche Beratung des Pfarrers in pastoralen Fragen.


Partizipation im Rahmen des Möglichen
verständnissen sollte für das Rottenburger Modell vorgebeugt sein, so- lange Synodalität hier eher unspezifisch verstanden wird als »die durchgehende Kommunikation aller wesentlichen Akteure und Entscheider mit den Komponenten Verstehen, Abstimmen, Kritisieren, Verantworten, Kontrollieren, Rechenschaft geben usw.«43

Um zu einem aus kirchenrechtlicher Sicht realistischen und hinreichen- denden differenzierten Verständnis von Partizipation, Mitverantwortung, kooperativer Leitung und Synodalität zu gelangen, kann ein Blick auf die Geschichte des Rottenburger Modells und seine (staats-)kirchenrechtlichen Bedingtheiten helfen.

2. Eine kurze (Rechts-)Geschichte der KGO


Größere Bedeutung hatten demgegenüber der Kirchenstiftungsrat und die Ortskirchensteuervertretung: Der Kirchenstiftungsrat für die Diözese Rottenburg wird erstmals erwähnt im »Gesetz, betreffend die Vertretung der katholischen Pfarrgemeinden und die Verwaltung ihrer Vermögensangelegenheiten«, vom 14. Juni 1887.48 Er trat an die Stelle des früheren, durch den politischen Gemeinderat und damit gegebenenfalls auch von Nichtkatholiken dominierten Stiftungsrates49 und bestand nun aus dem Pfarrer oder seinem Stellvertreter, den Kaplänern und dem Ortsvorsteher bzw. dessen ordentlichem Stellvertreter, falls diese katho-
lisch waren, dem Kirchenpfleger sowie aus 4–12 Laien als »weltliche[n], von den Pfarrgenossen aus ihrer Mitte gewählte[n] Mitglieder[n]«.\(^5\) Vorsitzender war der Pfarrer; bei Stimmengleichheit kam ihm der Stichentscheid zu.\(^5\)


Damit existierten von 1925 bis 1968 also »zwei von der Kirchengemeinde direkt oder indirekt zu wählende Gremien [...]«, welche eine weitgehende Selbstverwaltung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten brachten.\(^5\) In ihnen hatten Laien die Stimmenmehrheit und konnten den Pfarrer gegebenenfalls auch überstimmen.\(^5\) Die Ortskirchensteuvertretung trat allerdings in der Regel nur einmal im Jahr zusammen, um ihrem gesetzlichen Auftrag folgend den Steuerbeschluss zu fassen; darüber hinaus hatte sie keine Aufgaben. Für die Pfarrangehörigen war daher schwer einzusehen, warum es dafür ein eigenes Gremium brauchte, zumal man seine Aufgabe nach staatlichem Recht jederzeit auch dem Kirchenstiftungsrat hätte übertragen können.\(^5\) War schon der Pfarrausschuss vorkonziliar wenig angesehen und effektiv, erfuhr mit der Ortskirchensteuvertretung also auch das zweite der drei pfarrlichen Gremien in der Gemeinde nur geringe Akzeptanz.\(^6\)

Vor diesem Hintergrund stellte das II. Vatikanischen Konzil das Bistum Rottenburg vor die Frage, wie in den Pfarrreien jene beratenden Gremien angemessen einzurichten seien, die nach dem Wunsch des Konzils »die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisierung


So wurde die Satzung für ein neues Gremium erarbeitet, das zunächst »Pfarrgemeinderat« hieß. Schon in dieser ersten PGR-Satzung, die Bischof Leiprecht am 2. Februar 1968 unterschrieben und am 21. Februar 1968 im diözesanen Amtsblatt veröffentlicht hat, waren die für das Rottenburger Modell auf Pfarrer-ebene typischen Marker gesetzt: (a) pastorale Beratung, Koordinierung des Laienapostolats und Vermögensverwaltung in einem einzigen Gremium, in dem (b) nur gewählte und dem Rat qua geistlichem Amt angehörende Mitglieder Stimmrecht haben und (c) der Vorsitz beim Pfarrer liegt. Der Bischof von Rottenburg übernahm damit bewusst nicht die Mustersatzung für den PGR, die das ZdK in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Leiter der Seelsorgeämter und im Einvernehmen mit der bischöflichen Kommission
für Laienfragen erarbeitet hatte.69 Und auch der vom ZdK sowie später
der Würzburger Synode verwendete Begriff »Pfarrgemeinderat« war in
der Diözese Rottenburg nur kurz in Gebrauch: In der aus verschiedenen
Gründen erforderlichen bzw. für sinnvoll erachteten »Probezeit« von
1968–197170 hatte sich die damalige PGR-Satzung aus Sicht der Ver-
antwortlichen in verschiedenen Punkten als überarbeitungsbedürftig
erwiesen, nicht zuletzt in Bezug auf die Kompetenzen von PGR und
Pfarrer bzw. deren jeweiligen Grenzen.71 Bei der entsprechenden Über-
arbeitung bemühte man sich diesbezüglich um eine Nachjustierung72
und vollzog zugleich die als programmatisch wahrenmmene Umben-
nung des PGR in »Kirchengemeinderat«.73 Das Ergebnis war die von
Bischof Carl Joseph Leiprecht am 1. September 1972 erlassene »Kirchen-
gemeindeordnung« (KGO/1972), mit deren Inkrafttreten zum 1. Januar
1973 sowohl die PGR-Satzung von 1968 als auch die Verwaltungsor-
nung für die Kirchenpflegten, Kirchengemeinden und ortskirchlichen
Stiftungen von 1925 aufgehoben wurden.74
An dieser »umfassenden Regelung von Aufgaben, Leitung und Ver-
waltung der Kirchengemeinde«75 durch die KGO hat man in Rotten-
burg-Stuttgart seitdem mit regelmäßigen kleineren Anpassungen sowie
einer ersten Überarbeitung 200276 festgehalten.77 Welche Grundentschei-
dungen und -linien lassen sich darin ausmachen?

3. Grundentscheidungen und -linien der KGO

Der als Jurist an der Erarbeitung der KGO/1972 beteiligte Waldemar
Teufel berichtet: Bei der damaligen Durchsicht der PGR-Satzung von
1968 habe man »[a]uf einmal [...] erkannt [...], daß eigentlich der zweite
Schritt vor dem ersten getan worden war. [...] Man hatte einen Rat in-
stalliert und versucht, dessen Aufgaben zu beschreiben, ohne das Subjekt
dieses Rates zu definieren. Uns Juristen fiel plötzlich die ganz einfache
juristische Arbeitsmethode ein, nämlich zunächst die Aufgaben einer ju-
ristischen Person zu bestimmen und dann Regelungen über die Organe
treffen, die für diese juristische Person handeln. Es ist eine pure
Selbstverständlichkeit und in jedem Satzungsmuster vorhanden, daß
z. B. bei der Gründung eines Vereins zunächst in der Satzung die Aufga-
ben des Vereins bestimmt werden müssen.«78
Damit aber, so Teufel, sei den Beteiligten klar gewesen, »daß es vor-
rangig um die Schaffung einer Ordnung für die Kirchengemeinde und

Partizipation im Rahmen des Möglichen

447
nicht speziell und lediglich für einen Rat ging.« Dies sei »das Neue und das sowohl innerkirchlich wie außerkirchlich Aufmerksamkeit Erregende« gewesen. Deshalb habe man also eine »Kirchengemeindeordnung« erarbeitet und an deren Beginn zunächst einmal geklärt, was die Kirchengemeinde überhaupt ist: Ein »Teil des Gottesvolkes« und eine »bestimmte Teilgemeinschaft« der Diözese, die dazu berufen ist, »der kirchlichen Heilssendung zu dienen durch das Bekenntnis des Glaubens, durch die Feier des Gottesdienstes in Wort und Sakrament, durch das Zeugnis der tätigen Liebe und durch die Erfüllung des kirchlichen Weltauftrags« (§ 1 Abs. 1 KGO/1972). Berichtet wird, der damalige Münchener Kirchenrechtler Klaus Mörsdorf sei an der Formulierung dieser Definition, die an LG 26 anknüpft, maßgeblich beteiligt gewesen. Überprüfen lässt sich dies nicht.


kirchlichem Recht (c. 537 CIC) wie auch als ortskirchliche Steuerverte-
tung nach staatlichem (§ 10 Abs. 1 Satz 1 KiStG). Wie Bischof Leiprecht
schon 1974 in seinem Bericht an die zuständige Kleruskongregation er-
klärt hat, zielte dieses Räte-Modell dabei von Anfang an darauf ab, »die
Effektivität der kollegialen Kooperation zu steigern und die Belastung
durch zu viele Sitzungen in vertretbaren Grenzen zu halten«.97 Dass die
Kleruskongregation das »Rottenburger Modell« daraufhin - wie biswei-
len zu hören - insgesamt approbiert hätte, ist allerdings nicht belegt. In
ihrem Antwortschreiben an Bischof Leiprecht aus dem Mai 1974 teilt sie
lediglich mit: Für den Diözesanrat stehe »nichts entgegen, dass der Priest-
terrat zusammen mit dem Pastoralrat gemeinsame Sitzungen einrichtet,
um über die pastoralen Aufgaben zu beraten«, solange »der Priesterrat
 einige Male im Jahr getrennt vom Pastoralrat zusammenkommt«, um
insbesondere über Angelegenheiten des priesterlichen Dienstes zu berat-
ten.99

Unabhängig davon gilt in der Diözese Rottenburg seit Inkrafttreten
der KGO/1972: Der Pfarrer in seiner Eigenschaft als »eigene[r] Hirte der
ihn übertragenen Pfarrei«, der unter der Autorität des Diözesanbischofs
»die Seelsorge für die ihm anvertraute Gemeinschaft« wahrnimmt (c. 519
CIC), ist partikularkirchenrechtlich zur Zusammenarbeit mit dem
KGR verpflichtet und muss ihm »alle wichtigen Angelegenheiten des
ortskirchlichen Lebens [...] zur Beratung und Beschlussfassung [...] un-
terbreiten« (§ 18 Abs. 2 Satz 3 KGO).100 Er ist damit in seinem Leitungs-
handeln grundsätzlich verwiesen auf ein überwiegend von den Gemein-
demitgliedern gewähltes Gremium: Als 1972 die erste Fassung der KGO
in Kraft trat, waren neben den je nach Gemeindegröße 8–20 gewählten
Laien und dem Pfarrer auch noch alle anderen für die Pfarrei bestellten
Kleriker stimmberechtigt.101 Bei der KGO-Revision 2002 wurde dies je-
doch geändert. Seitdem ist im Regelfall der Pfarrer bzw. sein Vertreter
der einzelne Kleriker mit Stimmrecht im KGR; ein weiterer Priester
oder Diakon ist allenfalls in seiner Funktion als vom Bischof in einer
Seelsorgeeinheit für die Kirchengemeinde bestellte »pastorale Ansprech-
person« stimmberechtigt.103 Alle sonst in der Kirchengemeinde amtlich
tätigen Kleriker haben seit 2002 nur noch beratende Stimme104 und wur-
den damit den in der Pfarrei tätigen Gemeinde- und Pastoralreferent/
inn/en bzw. -assistent/inn/en gleichgestellt, die dem KGR schon seit 1990
als beratende Mitglieder angehören.105

Folglich ist aktuell das gesamte Pastoralteam im KGR vertreten, kann
dort mitberaten und auch selbst Anträge einbringen; an der Beschluss-
fassung wirken neben dem Pfarrer und der gegebenenfalls vom Bischof bestellten »pastoralen Ansprechperson«, die auch ein Laie sein kann, aber nur die von den Pfarrangehörigen als ihre Vertretung durch allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahl (§ 19 Abs. 3 Satz 1 KGO) bestimmten KGR-Mitglieder mit.¹⁰⁹

Aus ihrer Mitte wird als »Laienrepräsentant im KGR« auch der/die sogenannte »Zweite Vorsitzende« gewählt (§ 40 Abs. 1 KGO).¹¹² Über dessen/deren Funktion heißt es in diözesanen Arbeitshilfen und Informationen zum Beispiel, KGR und Zweite/r Vorsitzende/r bildeten mit dem Pfarrer »eine gemeinsame Spitze«. Oder: Der/die Zweite Vorsitzende sei »dem Pfarrer nicht nachgeordnet, sondern nebengeordnet«, also neben dem Pfarrer »der/die ›andere‹ Vorsitzende«.¹¹⁴ Aus solchen Formulierungen darf jedoch nicht geschlossen werden, Pfarrer und Zweite/r Vorsitzende/r trügen gleichrangig und -berechtigt Leitungsverantwortung, wären also rechtlich im eigentlichen Sinn ein Leitungsteam.¹¹⁵ Der/die Zweite Vorsitzende hat durchaus bestimmte Vollmachten, und der Pfarrer ist auch in besonderer Weise zur Zusammenarbeit mit ihm/ihr verpflichtet: So hat der Pfarrer als Vorsitzender den KGR etwa »jeweils im Einvernehmen mit dem Zweiten Vorsitzenden zu einer Sitzung einzuladen« und auch die Tagesordnung »gemeinsam mit dem Zweiten Vorsitzenden« festzulegen (§ 41 Abs. 1 KGO).¹¹⁶ Vor etwaigen Eilentscheidungen muss der Pfarrer »möglichst den Zweiten Vorsitzenden hören« (§ 50 Abs. 1 Satz 2 KGO).¹¹⁷ Leitet ein Pfarrer nach c. 526 § 1 CIC mehrere Kirchengemeinden, kann der/die Zweite Vorsitzende mit seinem Einverständnis und einer gemeinsam festgelegten Tagesordnung auch allein KGR-Sitzungen einberufen und leiten; wo Beschlüsse zur Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Pfarrers bedürfen, kann diese dann im Nachgang schriftlich erteilt werden, etwa durch einen entsprechenden Vermerk auf dem Sitzungsprotokoll (§ 41 Abs. 3 KGO). In dringenden Fällen kann der/die Zweite Vorsitzende auch in eigener Verantwortung eine Sitzung einberufen und leiten; Beschlüsse können dann aber nur gefasst werden, wenn eine Angelegenheit tatsächlich unauflösbar ist und nicht in den Bereich der besonderen amtlichen Verantwortung des Pfarrers fällt, also auch ohne sein Einvernehmen rechtswirksam werden kann (§ 41 Abs. 2 KGO).¹¹⁸ Nur unter diesen engen Voraussetzungen hat der/die Zweite Vorsitzende zudem das Recht, Eilentscheidungen zu fällen (§ 50 Abs. 1 Satz 4 KGO). Der Spielraum für dringende oder gar eilige Entscheidungen der gewählten Laienvertreter/innen ohne den Pfarrer als Vorsitzenden ist also gering. Ohnehin muss

Partizipation im Rahmen des Möglichen 451
der/die Zweite Vorsitzende den Pfarrer unverzüglich über sämtliche Beschlüsse unterrichten; alle Fristen, die im Hinblick auf dessen Widerspruchsrecht zu beachten sind, laufen erst von dem Zeitpunkt an, in dem der Pfarrer Kenntnis von der Niederschrift der betreffenden Sitzung erlangt hat (§ 41 Abs. 4 i. V. m. § 18 Abs. 4 KGO).

Der/die aus den Laien im KGR gewählte Zweite Vorsitzende ist dem Pfarrer gegenüber also keineswegs gleichberechtigt, sondern ihm rechtlich nachgeordnet. Dass die KGO die »Zweiten Vorsitzenden« ausdrücklich nicht als »stellvertretende« konzipiert, ist insofern konsequent. Andernfalls könnte die rechtlich nicht gedeckte Erwartung bestehen, stellvertretende Vorsitzende könnten im Verhinderungsfall die vollen Rechte des Pfarrers wahrnehmen.19 Stellvertreter des Pfarrers ist nur der gegebenenfalls nach dem geltenden Kirchenrecht »zu seiner Vertretung in den pfarramtlichen Funktionen berufene Priester« (§ 20 KGO).120 Auch wo eine pastorale Ansprechperson für die Kirchengemeinde bestellt ist und der Pfarrer seine Aufgaben als Vorsitzender des KGR an sie delegieren kann, bleibt seine ihm qua (Pfarr-)Amt zukommende Letztverantwortung explizit unbeschadet; dies gilt insbesondere für sein Zustimmungserfordernis sowie sein/e Widerspruchspflicht und -recht nach § 18 Abs. 3 f. KGO und sein Mitwirkungsrecht bei der Festlegung der Tagesordnung (§ 18 Abs. 2 Satz 2 KGO).121

Vor diesem Hintergrund kann die oben genannte Bezeichnung des/der Zweiten Vorsitzenden als »andere/r« Vorsitzende/r122 aus kirchenrechtlicher Sicht durchaus helfen, seine bzw. ihre besondere Rolle im KGR zu erklären: Der kanonische Pfarrer ist vom Bischof zum eigenen Hirten der Pfarrei bzw. Kirchengemeinde bestellt123, übt für die ihm anvertraute Gemeinschaft die Klerikern vorbehaltenen Dienste des Lehrens, Heiligens und Leitens aus und ist in dieser Funktion qua Amt der im rechtlichen Sinn geborene Vorsitzende des KGR. Die aus der Mitte der Laienvertreter/innen im KGR gewählten »anderen« (Zweiten) Vorsitzenden sind nicht nur numerisch »andere«, sondern als gewählte Laien wesentlich »anders«, also andersgeartet.124 Für sie werden auch Stellvertreter/innen gewählt, die im Verhinderungsfall in ihre »anderen« Rechte und Pflichten eintreten (§ 40 Abs. 1 Sätze 1 f. KGO).125 Dass die Zweiten Vorsitzenden keine »stellvertretenden« sind, mag für manche eine besondere Wertschätzung suggerieren, tatsächlich beugt dies ihrer (Selbst-)Überschätzung vor.

In rechtlicher Sicht lässt sich die gemeinsame Funktion des Pfarrers als des »amtlichen« Vorsitzenden und des/der »anderen«, sogenannten
»Zweiten Vorsitzenden« als »Vorstand« des KGR beschreiben.\textsuperscript{126} Dessen spezielle Konzeption und die ausdrückliche Verpflichtung auf einen kooperativen Leitungsstil\textsuperscript{127} ermöglichen im Rahmen des geltenden universalkirchlichen Rechts durchaus weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten gewählter Laienvertreter/innen. Durch den nur und in den entscheidenden Punkten nicht delegierbar dem Pfarer oder seinem priesterlichen Stellvertreter vorbehaltenen »amtlichen« Vorsitz und die entsprechenden Zustimmungsvorbehalte bzw. das Vetorecht des Pfarrers sorgt die KGO aber zugleich dafür, dass das Rottenburger Modell mit der Kirchenverfassung als »communio hierarchica« kompatibel, d. h. hierarchieverträglicher bleibt und der KGR, wie schon Michael Geier festgestellt hat, »trotz der weitgehenden Befugnisse des Gremiums [...] gut in das Apostolat der Gesamtkirche eingegliedert«\textsuperscript{128} ist.

4. Kanonistische Würdigung

Ist die kooperative Leitung der Kirchengemeinde nach dem Rottenburger Modell also ein auch aus kirchenrechtlicher Sicht gelungenes, vielleicht sogar gutes Beispiel für innerkirchliche Partizipation? Oder gibt es noch – und wenn ja, welchen – Spielraum für mehr oder eine bessere Laienbeteiligung? Eine Antwort auf diese Fragen setzt voraus, dass sowohl die verwendeten Begriffe klar sind als auch die jeweiligen, in diesem Fall kirchenrechtlichen Rahmenbedingungen.

Zunächst zur Terminologie: Dass das Leitungsmodell der KGO ein kooperatives ist, sagt § 18 Abs. 1 ausdrücklich: Der Pfarrer leitet die Gemeinde »in Zusammenarbeit« mit dem KGR.\textsuperscript{129} »Zusammenarbeit« ist jedoch ein Allgemeinbegriff, unter den sich unterschiedlichste Arbeitsformen und rechtliche Zuordnungen subsumieren lassen. Im Falle der KGO ist das Verhältnis der beiden Kooperationspartner kein gleichberechtigtes, sondern von der qua Amt »besonderen Verantwortung« des Pfarrers geprägt.

Auch wenn die KGO selbst den Begriff »Partizipation« nicht verwendet, wird das »Rottenburger Modell« – wie erwähnt – auch für die Kirchengemeinden als ein »Modell der Partizipation« bzw. eines mit »partizipative[r] Grundstruktur« wahrgenommen.\textsuperscript{130} Hier wiederholt sich das Muster: Im rechtlichen Sinn meint Partizipation allgemein die institutionalisierte Teilnahme an Entscheidungsprozessen. Sie kann in unterschiedlichen Formen der Mitwirkung geschehen, die von bloßer Infor-
mation über Anhörung, Erörterung und Beratung (Mitsprache) bis hin zu wirklicher Mitentscheidung reichen. In der kirchlichen Rechtssprache steht das Wortfeld »participatio« in einem engeren Sinn für »Teilnahme«, v. a. die meist tätige (»participatio actuosa«) an der Liturgie und in einem weiteren für »(An-)Teilhabe« und »Beteiligung«, z. B. von Gläubigen an der Seelsorge oder an der Ausübung weltlicher Gewalt. Interessant ist dabei die im Ordensrecht (c. 633 CIC) vorgenommene, zumindest begriffliche Differenzierung zwischen »Organen der Partizipation« (»organa participationis«), die in deutschen Übersetzungen auch »Beteiligungs-« oder »Mitbestimmungsgene« genannt werden, und (reinen) »Beratungsorganen« (»organa consultationis«). Der kirchliche Gesetzgeber unterscheidet hier zwei gleichermaßen wichtige, aber eben verschiedenartige Formen der Mitwirkung: die rechtlich letzten Endes unverbindliche Beratung und die echte (Mit-)Entscheidung.


Diese »wahre« Gleichheit lässt Raum für rechtliche Ungleichbehandlung: Gleiche Würde bedeutet innerkirchlich nicht gleiche Rechte.  

Vor diesem Hintergrund erweist sich auch die eingangs schon erwähnte Abstufung der nach Stand und Amt unterschiedlichen Partizipationsarten von Klerikern und Laien an der Hirtensohrge des Pfarrers als systemstimmig: Während Priester und Diakone nach c. 519 CIC als »klerikale Helfer mit dem Pfarrer kooperieren, wird die Hilfe von Laien im Gesetzestext als Zuarbeit qualifiziert (operam conferentes)«, wobei der Gesetzgeber die inhaltliche Füllung dieser Vorgabe »ebenso der partikularrechtlichen Ausgestaltung überlässt wie die Entscheidung, ob und inwieweit Laien überhaupt beteiligt werden.« Bischof Leiprecht hat sich nachkonziliar ausdrücklich für eine relativ weitreichende Laienbeteiligung in der Diözese Rottenburg entschieden und seine Nachfolger halten bis heute an diesem Modell fest. Infolgedessen können die gewählten Laien im KGR nicht nur aufgrund staatlichen Rechts bei der Vermögensverwaltung und aufgrund ihres besonderen Weltauftrags (LG 31; c. 225 § 2 CIC) bei der Förderung und Koordinierung des Laienapostolats mitreden und -beschließen, sondern sind umfassend zu beteiligen: Seit 1972 müssen Pfarrer in der Diözese Rottenburg-Stuttgart »alle wichtigen Angelegenheiten des ortskirchlichen Lebens dem Kirchengemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung [...] unterbreiten« (§ 18 Abs. 2 KGO). Damit besteht eine gegenüber den universalkirchenrechtlichen Vorgaben tatsächlich weitgehende Zuständigkeit des KGR. Seine im oben genannten Sinn echte Entscheidungskompetenz wird jedoch begrenzt durch die Veto-Rechte des Pfarrers und das Erfordernis seiner Zustimmung in allem, was seiner besonderen Verantwortung unterliegt. Wo immer eine Entscheidung als die Einheit der Gemeinde selbst bzw. mit dem Bischof oder die kirchlichen Grundvollzüge von »martyria«, »liturgia« und »diakonia« betreffend markiert wird, geht nichts ohne und erst recht nichts gegen den Pfarrer. Zwar kann er im KGR bei der Beschlussfassung überstimmt werden; solange er aber nicht danach sein Einvernehmen erklärt, bleibt der jeweilige Beschluss rechtlich unwirksam, hat also letztlich (doch) nur den Charakter eines Rates, durch den sich der Pfarrer allenfalls moralisch gebunden fühlen könnte. Denkbar ist, dass sich Pfarrer eine freiwillige Selbstbindung an den gewählten KGR auferlegen und auf diese Weise auch dessen sonst nur beratenden Beschlüssen faktisch verbindlichen, also entscheidenden Charakter verleihen. Allerdings bliebe eine solche Selbstbindung immer das, was sie dem Begriff nach ist: Eine vom jeweiligen Pfarrer sich
selbst auferlegte, freiwillige Bindung, von der er jederzeit – generell oder im Einzelfall – auch wieder abweichen kann. Ein rechtlicher und insofern verlässlicher Mitentscheidungsanspruch des KGR als »Vertretung der Kirchengemeinde« (§ 16 KGO)\textsuperscript{150} würde so nicht begründet\textsuperscript{151}.

Wer unter dem Stichwort von mehr Partizipation, mehr Mitverantwortung oder auch stärkeren synodal en Strukturen mehr Entscheidungskompetenzen für Laien oder gar demokratische Strukturen in der Kirche fordert, übersieht, dass dies den Rahmen des nach kirchlichem Selbstverständnis Möglich en sprengen würde: Nach dem auch im II. Vatikanum lehramtlich festgestellten und erklärten Willen Christi hat dieser seine Kirche als eine mit hierarchischen Organen ausgestattete Gesellschaft gewollt und gestiftet (LG 8); die Unterscheidung der hierarchischen Stände von Klerikern und Laien prägt die Verfassung der römisch-katholischen Kirche daher nach ihrem Selbstverständnis unaufgebar. Dieser ständehierarchische Aufbau der Kirche spiegelt sich generell und nach amtlichem Verständnis alternativlos [...] in der dualen Struktur von klerikaler Entscheidung und laikaler Beratung sowie dem Primat unipersonaler vor gremialer Verantwortung.\textsuperscript{152} Deshalb konnten die deutschen Bischofe in ihrem Wort zur Erneuerung der Pastoral »Gemeinsam Kirche sein« 2015 schreiben, dass »alle Getauften berufen sind, das Leben und die Sendung der Kirche verantwortlich mitzustalten«, um sogleich klarzustellen, es sei »auch klar«, dass die »vielfältigen Formen der Leitung, die allen Gläubigen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Leib Christi grundsätzlich möglich sind, die Verbindung zum priesterlichen Dienst brauchen, durch den die Einheit der Kirche in Christus repräsentiert wird.«\textsuperscript{153} In der Kirchengemeinde repräsentiert der vom Diözesanbischof zum Pfarrer bestellte Priester eben diese Einheit, wenn er seine Hirten sorte für die ihm anvertrauten Gläubigen unter der Autorität des Bischofs ausübt (c. 519 CIC; § 1 Abs. 3f. i. V. m. § 18 Abs. 1 Satz 1 KGO). Daher ist der Pfarrer das ekklesiologisch wie kirchenrechtlich einzige »unverzichtbare Leitungsorgan der Pfarrei.«\textsuperscript{154} Seine eigenständige Verantwortung darf weder eingeschränkt noch durch Beispruchsrechte Dritter gebunden werden.\textsuperscript{155}

Mehr Entscheidungskompetenz des KGR wäre nur auf Kosten der besonderen amtlichen Verantwortung des Pfarrers zu haben. Alle diesbezüglichen Wünsche und Forderungen\textsuperscript{156} stoßen daher im oben genannten Selbstverständnis der katholischen Kirche an eine unüberwindbare Grenze. Zugleich zeigt sich: In der Konzeption des KGR als eines Gremiums, das die amtliche Zuständigkeit des Pfarrers in den entschei-
denden Punkten wahrt, aber dennoch davon ausgeht, dass er die Verantwortung für das Gemeindeleben nicht allein, sondern zusammen mit dem KGR trägt (§ 17 Abs. 1 Satz 2 KGO), bei der Gemeindeleitung mit ihm kooperiert (§ 18 Abs. 1 Satz 2 KGO) und sich von ihm über alle wichtigen Angelegenheiten des ortskirchlichen Lebens wenigstens be raten lassen muss (§ 18 Abs. 2 Satz 3 KGO), gewährleistet das Rottenburger Modell Partizipation im Rahmen des kirchenrechtlich Möglichen.

Dieser Rahmen sollte aber auch immer klar und deutlich kommuniziert werden. Amtlich wie ehrenamtlich Engagierte sollten den kirchen rechtlichen Grund und die Grenzen ihrer Zusammenarbeit kennen und jeweils auch wissen, ob sie oder ob sie eben nicht gleichberechtigt kooperieren. Sonst übertragen zumindest Laien leicht die aus demokratischen Kontexten gewohnten und dort richtigen sowie selbstverständlichen Vorstellungen von Mitverantwortung und ‑entscheidung auf die Kirchengemeinde und werden unnötigerweise enttauscht, wenn diese sich dort als unrealistisch erweisen.

Der kirchenrechtliche Blick auf die Strukturen ermöglicht Unterscheidung und realistische Einordnung: Einerseits befreit er »von Illusionen, von beschönigenden, dem Wunschen den entsprechenden Selbst- oder Fremdtäuschungen über einen in Wirklichkeit weniger positiven Sachverhalt.«57 Andererseits ermöglicht der unverstellte Blick auf die lehramtliche Ekklesiologie und ihre rechtlichen Konsequenzen aber auch, das für eine partizipative und kooperative Gemeindeleitung im »Rottenburger Modell« durchaus Erreichte angemessen wertzuschätzen.

Anmerkungen


2 Gebhard Fürst, in: Brandl, 50 Jahre, o. S.


Dasselbe, Verantwortung, 330. Von der Rechtsstellung der Laien sei insgesamt kaum »die Rede, und wenn, dann nur in recht allgemeinen Redewendungen wie, dass deren »eigener Anteil an der Sendung der Kirche anzuerkennen und zu fördern« (c. 529 § 2), dass sie »mithelfen« (c. 519, 536 § 1, 537) bzw. »hilfreiche Unterstützung gewähren« (c. 460) können, dass sie »beraten« (c. 536 § 2, 511, 514, 466) können u. ä. « (ebd.)


Vgl. oben Anm. 2.


Schüller, Synodalität, 42. Schüller spricht auch von einem »eigenen und bis heute einzigarti- gen Weg im Vergleich zu den anderen deutschen Diözesen« (ebd., 41).

Vgl. Geier, Modell, 177; Puza, Konzil, 493; Schüller, Synodalität, 42f.


Bernhard Sven Anuth


18 Vgl. entsprechend § 1 Abs. 2 KGO (mit Verweis auf c. 555 CIC), wonach die »Kirchengemeinde […] vom Bischof territorial umschrieben und als Pfarramt nach kirchenrechtlich errichtet« wird. 

19 Vgl. §§ 16f. KGO.


21 Vgl. Anm. 17 zu § 17 Abs. 1 Satz 2 KGO.


24 Im Dekret über das Laienapostolat hatte das Konzil u. a. angeregt, auch in den Pfarren beratende Gremien einzurichten, »die die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisie-


28 In § 14 Abs. 2 KGO/1972 hatte es zudem noch geheissen, besagte Aufgaben seien »außerdem durch einen durchschnittlichen Einsatz « gemeinsam zu tragen. Dieser Passus ist 2002 mit Neufassung der KGO entfallen.

29 Auch nach der KGO/1972 sollte der KGR schon »die Arbeit der Organisationen, Gruppen und Werke in der Kirchengemeinde« anregen und »den Tätigkeiten aufeinander und auf die Maßnahmen der Kirchengemeinde abstimmen« (§ 14 Abs. 3).

30 Nach der Rottenburger KiStO (vgl. Anm. 15) ist der KGR die Ortskirchensteuervertragsung in »Gesamtkirchengemeinden« (§ 1 Abs. 3) der Gesamtkirchengemeinderat mit der Einschränkung, dass die durch Ortsausschuss bestimmten Mitglieder des Gesamtkirchengemeinderats (§ 29 Abs. 3 der Kirchengemeindeordnung) und Steuerbeschluss nicht stimmberichtigt teilnehmen« (§ 7 Abs. 1 Satz 1). Dabei gilt: »Die Ortskirchensteuervertragsung beschließt über die Erhebung der Ortskirchensteuer« (Abs. 2) und: »Der Ortskirchensteuervertragsung ist nach seiner Genehmigung in der eine Kirchengemeinde „üblichen Form bekannt zu machen“, wobei darauf hinzuzweisen ist, »wo und wann der Haushaltsplan der Kirchengemeinde und Kirchenpflege sowie die letztabschlossene Jahresrechnung zur Einsichtnahme durch die Steuerpflichtigen aufgelegt sind« (Abs. 3a).


7. Schließlich gebe es »Unzufriedenheit mit der Doppelstruktur von PGR und KV […] in vielen Pfarrre- en anderer Bistümer«, die »zu Frustrationen« führe. Bernhard verkernmt: »Das Fehlen von Ehrenamt- lichen für die Pfarrgemeinderäte in vielen Bistümern hat vielleicht auch damit zu tun, dass manche Gewählte erst nach ihrer Wahl bemerkten, wie wenig sie zu entscheiden haben und dass sich ihre beratende Tätigkeit manchmal auf kaum mehr als die Gestaltung des Gemeindefestes bezieht« (ebd.). Tatsächlich sehen inzwischen auch andere (Erz-)Bistümer eine Zusammenfassung von Kirchenvor-

32 Puza, Konzil, 485.
34 Puza, Konzil, 485 spricht synonym vom »Rotterbener Modell der Partizipation bzw. der Mitverantwortung aller Christgläubigen an der Sendung der Kirche«.
39 Vgl. etwa Schüller, Synodalität, 41; Berger-Senn – Magino, Kirchenleitung, 2f.

Partizipation im Rahmen des Möglichen
Vgl. z. B. ebd.; Schüller, Synodalität, 41.


Berger-Senn – Magino, Kirchenleitung, 2. »Bestehende Meinungsunterschiede kommen laufend im Gremium zur Sprache und verhindern Illusionen über bestehende Machtverhältnisse; insgesamt entwickeln sich Auffassungen im Zeitverlauf tendenziell konvergent.« (ebd., 2f).

Geier, Modell, 111.

Nach Geier können >die Gremien der Katholischen Aktion, die Katholikenausschüsse im allgemeinen und der Pfarrausschuß im besonderen« als »unerläßliche Vorformen für den Pfarrgemeinderat gelten« (ebd., 89).


Gesetz, betreffend die Vertretung der katholischen Pfarrgemeinden und die Verwaltung ihrer Vermögensangelegenheiten, vom 14.06.1887; in: Regierungsbitt für das Königreich Württem- berg 1887, 272-297 [Katholisches Pfarrgemeindegesetz (KPG)] sowie dazu Geier, Modell, 94.

Vgl. ebd. mit Verweis auf ein staatsrechtliches Verwaltungssiedt v. 01.03.1822 sowie bereits August Hagen, Geschichte der Diözese Rottenburg, Bd. 2, Stuttgart 1958, 309f., mit der Feststellung, die da- malige Regelung für den Stiftungsrat habe sich >denz unzweckmäßiger und unbilliger erwiesen, >denn vielmehr die Vermischung der Konfessionen fortgesetzt<; zudem sei die oberste kirchliche Behörde, der Bischof, ganz ausgeschaltet gewesen, was >dem Kirchenrecht wie der verfassungsmaßen Au- tonomie der Kirchen< widersprochen habe (ebd., 309).

Art. 2f. KPG v. 14.06.1887 sowie zum Ganzen Geier, Modell, 94f.

Nach Art. 52 Abs. 1 KPG v. 14.06.1887 stand die »Leitung der Geschäfte des Kirchengemein- derat, sowie der Verwaltungsausschusses […] dem Pfarrer und in dessen Verhinderung dessen ge- setzlichem Stellvertreter zu.« Der anschließende Abs. 2 lautete: »Der Vorsitzende eröffnet, liest und schließt die Sitzung. « Dass damit der Pfarrer zugleich Vorsitzender des Kirchensteuerrats war, ging aus dem Gesetzestext nicht explizit hervor, wurde aber durch § 39 Abs. 1 der Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens betreffend den Vollzug des katholischen Pfarrgemein- degesetzes vom 15.08.1906, in: Regierungsbitt für das Königreich Württemberg 1906, 294 entsprechend festgestellt; vgl. schon Geier, Modell, 96, Anm. 305. Zum Stichscheid des Vorsitzenden vgl. Art. 54 Abs. 3 KPG v. 14.06.1887: »Der Vorsitzende stimmt zuletzt ab und hat bei Stimmengleichheit die entscheidende Stimme.«


55 Vgl. § 38 in Verbindung mit § 42 Abs. 1 KStO/1925.
56 Vgl. § 3 Abs. 1 VerwO/1925.
57 Geier, Modell, 100.
58 Vgl. § 23 Abs. 1f. VerwO/1925 sowie dazu schon Geier, Modell, 100.
59 Vgl. ebd., 111.
60 Vgl. ebd.
62 Geier, Modell, 111.
63 Ebd., 112; vgl. ebd., 92f. Demnach beabsichtigte man »durch die Zusammenlegung der drei Gemeinden einerseits eine höhere Effizienz und Steigerung der kollegialen Zusammenarbeit sowie andererseits ein gesteigertes Interesse an diesem dann einflußreichen Gremium« (ebd., 112).
72 Teufel, Weichenstellung, 5 berichtet von einem ausdrücklichen Auftrag des damaligen Bischofs Leiprecht, »eine Regelung zu schaffen, die […] die gemeinsame Verantwortung von Priestern und Laien im Bereich der Kirchengemeinde zur Geltung bringen soll, wie sie in der Kirche auf dem
Als zweiten Vatikanischen Konzil wachgeworden ist. «Vgl. entsprechend ders., Verantwortung, 670 so-
wie Geier, Modell, 124–131, der ebds., 127 konstatiert: »Die bedeutendste Änderung gegenüber der
Pfarrgemeinderatsatzung betraf jedoch die Bestimmungen über das Verhältnis von Pfarrer und Ge-
meindevertretung. Es wurde nicht mehr auf die Alleinzuständigkeit des Pfarrers abgehoben (so noch
in der Pfarrgemeinderatsatzung § 2 Abs. 1 und im ersten Entwurf der Kirchengemeindeordnung
vom 20. Juni 1970, § 18 Abs. 1), die nicht klar umschrieben werden kann, sondern auf die gemeinsame
Verantwortung von Pfarrer und Gemeindevertretung.«

73 Für Puza, Konzil, 489 wurde die PGR-Satzung im zweiten Anlauf dann konsequenterweise
Kirchengemeindeordnung genannt«, wobei vor dem Hintergrund der vermögensrechtlichen »An-
lehnung an die in Württemberg bestehende Landeskirche« der Begriff »Kirchengemeinde« auch »der
evangelischen Kirche entlehnt« sei. Barth, »Rotterburger Modell«, 4 hingege berichtet, der PGR habe »aufgrund der intensiven ökumenischen Zusammenarbeit [...] die Bezeichnung »Kirchen-
gemeinde! erhielten. Geier, Modell, 125 nennt die Namensänderung »programmatisch«, weil der
Satzungsausschuss des Diözesanrates besagten Namenswechsel vorgeschlagen habe, »nicht nur weil
wir es hier mit einem Vertretungsorgan der »Kirchengemeinde«, wie sie nach dem Gesetz über die
Kirchen heißt, zu tun haben, sondern auch im Interesse einer ökumenischen, einheitlichen Bezeich-
nung der Vertretungsorgane der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden in unserem
Land« (ebd., 125f. mit Zitat aus: Einführung in die Kirchengemeindeordnung, in: Diözesanarchiv
Rotenburg, G.1.2, 1074).

74 Vgl. § 97 Abs. 1f. KGO/1972.
75 Barth, »Rotterburger Modell«, 4.
76 Vgl. die zum 01.07.2002 in Kraft getretene Neufassung der KGO, in: Kirchliches Amtsblatt für
tet Teufel, Verantwortung, 675, »auch das Grundkonzept der KGO« angefragt worden, d. h. die in
den damaligen §§ 14f. KGO/1972 geregelte »gemeinsame Verantwortung von Leitung und Ver-
terungen im KGR mit Allgemeinzuständigkeit des KGR und Zustimmungs-bzw. Vetorechte des Pfarr-
ers als Gemeindeleiter in bestimmten Fällen«. Diesbezüglich sind für die KGO/2002 konzeptionell
jedoch keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

77 Aktuell wird die KGO erneut revidiert. Die überarbeitete Fassung, die 2019 in Kraft treten soll,
will nach dem vom 28.04.2018 im Diözesanrat in erster Lesung beratenen Entwurf bezüglich der
hier behandelten Grundlinien aber keine wesentlichen Änderungen enthalten.

78 Teufel, Verantwortung, 671. Vgl. bereits ders., Weichenstellung, 5 sowie das entsprechende
Zitat bei Geier, Modell, 125.

79 Teufel, Verantwortung, 671 u. entsprechend schon ders., Weichenstellung, 5.

80 So bis heute § 1 Abs. 1 KGO. Teufel, Verantwortung, 671 resümiert hierzu, die gefundene
Lösung sei »[i]m Nachhinein gesehen eigentlich verblüffend einfach«: Letztlich werde ja »nichts an-
deres gesagt, als daß zum Auftrag einer Kirchengemeinde die kirchlichen Grundvollzüge gehören,
namlich Bucharstia, Liturgia und Diakonie.« Auch der CIC/1983 sehe in c. 515 § 1 ja »mehr in
diese Richtung eine Definition vor« (ebd.; vgl. den entsprechenden Verweis in Anm. 1 der KGO).
»Die Glieder der Kirchengemeinde, durch die Taufe Christus und untereinander verbunden,« haben
nach § 4 Abs. 1 KGO (so auch schon § 3 Abs. 1 KGO/1972) »auf ihre Weise teil an dem priesterlichen,
prophetischen und königlichen Amte Christi und verwirklichen zu ihrem Teil die Sendung des gan-
zein christlichen Gottesvolkes in Kirche und Welt. Ihre Rechte und Pflichten im einzelnen bestim-
mehrd sich nach dem allgemeinen Kirchenrecht. Ihre Mitwirkungsrechte am Leben und Handeln der Kir-
chengemeinde üben sie nach dieser Ordnung aus.«

81 Vgl. Teufel, Weichenstellung, 6, wobei der entsprechende Hinweis in einer späteren Fassung
bzw. Fortschreibung dieses Textes entfallen ist (vgl. ders., Verantwortung, 671f.). Auch Geier, Modell,
125 konstatiert, die Definition in § 1 Abs. 1 KGO/1972 sei »unter Mithilfe Kl. Mörsdorf« zustande
gekommen, belegt dies allerdings weder von Teufel oder einem/einer anderen Autor/in noch mit
Hilfe der von ihm ausgewerteten archivalischen Quellen. — Für die von Teufel, Weichenstellung, 6
behauptete Anknüpfung an LG 26 könnte die dortige Passage einschlägig gewesen sein, wonach die
Kirche Christi »wahrafft in allen rechtsmäßigen Ortschafts- und Wallfahrten anwesend [ist],
die in der Verbindung mit ihren Hirten im Neuen Testament auch selbst Kirchen heißen. «Sie seien
»nämlich je an ihrem Ort, im Heitigen Geist und mit großer Zuvorsicht (vgl. 1 Thess 1,5), das von Gott
gestiftete neue Volk.«

82 Mörsdorf, Hierarchie, 485. Vgl. schon oben Anm. 9.
83 Vgl. bereits oben Anm. 72.
84 Geier, Modell, 127. Vgl. Teufel, Verantwortung, 672. Klaus Mörsdorf hat sich nach 1972 pub-
lizistisch nicht mehr zum Rotterburger Modell geäußert. Da sich seine Sorge 1969 aber ausdrücklich
darauf bezog, »daß die unabdingbare Verantwortung des geistlichen Hirten gewahrt bleibt«, die
amtliche Zuständigkeit des Pfarrers also nicht unangemessen zugunsten der Gemeindevertretung eingeschränkt wird (vgl. Mörsdorf, Hierarchie, 486), sollte sein damaliges Lob nicht pauschal auf die seit 1972 geltende und im oben genannten Sinn gegenüber der PGR-Satzung von 1968 anders akzentuierte KGO übertragen werden (so aber z. B. Puza, Konzil, 493).

85 So auch schon § 15 Abs. 1 Satz 2 KGO/1972.
87 Vgl. Teufel, Verantwortung, 672 sowie ebd., 675.
91 Vgl. explizit § 18 Abs. 3 Satz 2 KGO. Versagt der Pfarrer sein Einvernehmen und kommt ein rechtswirksamer Beschluss deshalb nicht zustande, so kann der KGR der Entscheidung des Pfarrers widersprechen, wenn er meint, die Beschlussmaterie falle nicht in seine »besondere Verantwortung« gemäß § 18 Abs. 1 Satz 3 KGO: »Dazu muss in der zweiten Woche nach der Beschlussfassung von mindestens einem Drittel der Mitglieder schriftlich eine Sitzung zu diesem Verhandlungsgegenstand beantragt werden. Die Sitzung ist innerhalb von vier Wochen abzuhalten. [...]« Ergibt sich in dieser Sitzung keine Einigung in der Sache, ist der Dekan gemäß § 95 Abs. 1 um Vermittlung anzuzeigen. Ergibt sich auch hier keine Einigung, ist die Angelegenheit dem Bischöflichen Ordinariat zur Entscheidung vorzulegen (§ 18 Abs. 3 Sätze 4–9).
93 Vgl. schon § 15 Abs. 4 Satz 1 KGO/1972.
94 Vgl. entsprechend schon § 15 Abs. 4 Sätze 2–5 KGO/1972.
95 Vgl. Teufel, Verantwortung, 674. Auch wenn diesbezüglich mit einer gewissen Dunkelziffer zu rechnen ist, müsse doch »festgestellt werden, daß keine Änderungswünsche hinsichtlich der genannten rechtlichen Regelung geltend gemacht wurden«, weshalb sich die »Konstruktion der Zusammenfassung von Leitung und Vertretung in gemeinsamer Verantwortung im KGR« aus Teufels Sicht rechtlich »behauptet und auch bewährt« hat (ebd.).
96 Vgl. für diese Terminologie Geier, Modell, z. B. 107. 110. 133f. 177. 247.
98 So z. B. die Auskunft von Berger-Senn – Magino, Kirchenleitung, 2.
Kongregation nicht und insofern auch nicht ein Beleg für die bei Puza, Konzil, 499 leider ohne entsprechenden Nachweis publizierte Behauptung, die Satzung des Rottenburger Diözesanrates sei »von der Kleruskongregation gebilligt worden.«

100 Vgl. entsprechend schon § 15 Abs. 2 Satz 2 KGO/1972 sowie hierzu bereits oben Anm. 86.
101 Vgl. § 16 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 18 Abs. 1 KGO/1972. Darüber hinaus war damals der Kirchenpfleger einziges beratendes Mitglied (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 KGO/1972).
102 Vgl. § 19 Abs. 1 f. KGO/2002.
104 Vgl. § 19 Abs. 2 KGO/2002, der seitdem unverändert gilt.
106 Vgl. Anm. 25 zu Art. 19 Abs. 2 KGO.
111 Teufel, Verantwortung, 674.
112 Vgl. entsprechend bereits § 36 Abs. 1 KGO/1972.
113 Bischofliches Ordinariat (Hg.), Pastorale Ansprechperson, 5. Vgl. entsprechend die Auskunft von Christiane Bundschuh-Schramm, in: Neumann, Priester, o. S.: »Im Grund gibt es eine Doppelspitze«.


116 Vgl. entsprechend schon § 37 Abs. 1 KGO/1972. Ohne Einvernehmen zwischen Pfarrer und Zweitem Vorsitzenden/Zweiter Vorsitzender »kann also keine Sitzung zustande kommen«, so Teufel, Verantwortung, 674, für den sich das »Prinzip der gemeinsamen Verantwortung« damit »nicht nur in der materiellen Zuständigkeitsregelung niedergeschlagen [hat], sondern auch in den formalen Regeln zur Arbeitsweise.«

117 Insofern der Vorsitzende in diesem Fall anstelle des KGR entscheidet, hat er im Anschluß die »Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung der Eilentscheidung [...] unverzüglich dem Kirchengemeinderat mitzuteilen« (§ 50 Abs. 1 Satz 3 KGO).


119 Warum Teufel, Verantwortung, 674 das Verhältnis von Pfarrer und Zweitem Vorsitzenden/Zweiter Vorsitzender im KGR als einer von »Leitung und Vertretung« beschreibt (vgl. ebda., 675), erschließt sich vor diesem Hintergrund nicht. – Für die Aufgaben des/der Zweiten Vorsitzenden vgl. §§ 31 Abs. 4 Nr. 3, § 33 Abs. 1 Nr. 2, § 39, § 41 Abs. 1–4, § 42, § 43 u. § 50 KGO.


122 Vgl. oben Anm. 114.


124 Im Rahmen der geplanten Neufassung der KGO (vgl. oben Anm. 77) werden die Zweiten Vorsitzenden deshalb voraussichtlich in »Gewählte Vorsitzende« umbenannt (vgl. § 20 KGO-Entwurf, Stand: 19.04.2018).

125 Außerdem »kann der Zweite Vorsitzende im Einvernehmen mit dem Kirchengemeinderat einzelne Aufgaben auf Dauer seinem Stellvertreter übertragen« (§ 40 Abs. 1 Satz 3 KGO).


128 Geier, Modell, 133.
129 Das Fremdwort »Kooperation« verwendet die KGO nur für das Zusammenwirken von KGR und Pastoralausschuss sowie in der Beschreibung der Seelsorgeeinhheit als »Kooperationsverband«. Vgl. § 31 Abs. 3 KGO, wonach der KGR »[i]m Benehmen mit dem Pastoralausschuss [...] ge
eignete Formen der gegenseitigen Information und der Kooperation fest[legt]«, sowie die Definition von § 8 Abs. 1 KGO: »Die Seelsorgeeinhheit ist ein vom Bischof errichteter Kooperationsverband mehr
erer Gemeinden [...]. Sie ist Ausdruck von Subsidiarität und Solidarität der beteiligten Gemeinden
und nimmt die zwischen den Gemeinden vereinbarten Aufgaben wahr.«

130 Vgl. für Belege oben Anm. 32f.
132 Vgl. u. a. cc. 276 § 2 n. 2; 663 § 2; 835 § 4; 837; 866; 898; 899 §§ 21; 906; 917; 923; 944; 1247f.
sowie zu den kirchenrechtlich je nach Stand und Geschlecht unterschiedlich ausgestalteten Formen
der »participatio actiua « Norbert Lüdecke, Feiern nach Kirchenrecht. Kanonistische Bemerkungen
dcke – Bier, Kirchenrecht, 196–201 sowie zuletzt Neumann, Participatio actiua in der Spannung zwi
Daneben ist z. B. aber auch die Pflicht zur Teilnahme an einer Diözesansynode eine »obligatio parti
cipandi « (c. 463 § 1).
133 »Anteil haben« nach dem CIC/1983 z. B. alle Gläubigen an der Sendung der Kirche (c. 216)
und auf je eigene Weise am priesterschaftlichen, prophetischen und königlichen Amt Christi (c. 204 § 1).
Vgl. in einem ähnlichen Sinn etwa die Anteilnahme der Seminarverantwortlichen an der Sorge des
Rektors (c. 239 § 3), der Alumnus an der Liebe Christi (durch die tägliche Eucharistiefeier im Semin
ar) (c. 243) oder der Mitglieder eines Drittordens am Geiste des jeweiligen Instituts (c. 303).
134 Vgl. cc. 517 § 2; 536 § 1 bzw. c. 285 § 3. Für die Beteiligung von Laien an der Ausübung
kirchlichen Leitungsgewalt spricht der Codex hingegen von »mitwirken/kooerieren « (»christifideles
laici [...] cooperari possunt «; c. 129 § 2).
135 So die u. a. im Auftrag der DBK erstellte deutsche Übersetzung des Codex Iuris Canonic, Codex des kanonischen Rechtes. Lateinisch-deutsche Ausgabe mit Sachverzeichnis, 8. aktualisierte u.
137 Hallermann, Art. Leitungsteam, 729 (Abk. aufgelöst), nach dessen Auskunft diese Forde
rung »[a]usgehend v. Erkenntnissen v. a. der Organisationsforschung u. der Organisationsentwick
lung sowie versc. Methoden der Arbeit mit Gruppen [...] oft auch für den kirchlichen Bereich «er
hoben und »[i]nbes. im Zshg. mit der sog. kooperativen Seelsorge [...] die Arbeit im L[leitungsteam]
propagiert « wird (ebd.; Hervorhebung im Original).
138 Vgl. z. B. Claudia Lücking-Michel, »Partizipation statt Partizipationsverweigerung«. Erwar
sich von der DBK wünscht, »den Stellenwert entscheidungsrelevanter Mitwirkung von Laien subst
anziell zu stärken und auf Dauer institutionell zu verankern« (Hervorhebung im Original). Schon zuvor
hatte Lücking-Michel neue Beteiligungs- und Partizipationsformen gefordert, »die über die Möglichkeit
keiten des etablierten Rätesystems deutlich hinausgehen «Es sei »an der Zeit, repräsentative, eindeu
tig von der Basis legitimierte und mit entscheidungsrelevanten Mitwirkungskompetenzen unterlegte
synodale Strukturen einzuführen« (dies., Partizipation statt Partizipationsverweigerung, in: Hirsch
139 Durch das untäglige Prägemal, das Kleriker bei der Weihe empfangen, werden sie dazu
geleitet und bestimmt, entsprechend ihrer »je weiligen Weltschege im Volk Gottes unter einem neu
en und besonderen Titel zu dienen « (c. 108 § 1).
140 Vgl. cc. 207 § 1 sowie z. B. Elisabeth Braunbeck, Ein Gesetzgeber – zwei Gesetzbücher. Der
Laienbegriff im CIC und im CCEO, in: Peter Krämer u. a. (Hg.), Universales und partikuläres Recht,
199–222, hier: 214, die vom »christifidele ohne Ordination« spricht (Hervorhebung im Original).
55–75, 127–142, hier: 98 sind Laien »also Gläubige, die ganz und „nur“ Gläubige sind, Kleriker hinge
gen Gläubige, die zugleich die Ordination empfangen haben.« Eine etwaige Zugehörigkeit zum
Stand des geweihten Lebens spielt bei dieser Unterscheidung keine Rolle.
141 Vgl. hierzu etwa Ayamans-Mönsdorf Bd. 1, 399–401; Hubert Socha, in: MKCIC 129, Rm. 7–11
sowie ausführlich Peter Platen, Die Ausübung kirchlicher Leitungsgewalt durch Laien. Rechtsys
tematische Überlegungen aus der Perspektive des »Handelns durch andere« (Beihefte zum MKCIC 47),
Essen 2007.


144 Lüdecke – Bier, Kirchenrecht, 180 (Hervorhebung im Original).

145 Vgl. § 18 Abs. 1 u. 3 KGO, wonach zudem zunächst immer der Pfarrer und im Konfliktsfall letztlich das Bischöfliche Ordinariat im Auftrag des Diözesanbischöfs, in keinem Fall aber der KGR selbst entscheidet, ob ein Beschluss die besondere Verantwortung des Pfarrers berührt oder nicht.

146 Vgl. Teufel, Verantwortung, 672 sowie bereits oben Anm. 89.


151 Vgl. entsprechend in Bezug auf den in Anm. 149 zitierten Vorschlag von Sabine Demel bereits Lüdecke – Bier, Kirchenrecht, 258.

152 Ebd., 143.

153 Sekretariat der DBK (Hg.), »Gemeinsam Kirche sein«, Wort der deutschen Bischöfe zur Erneuerung der Pastoral (Die deutschen Bischöfe 100), Bonn 2015. Vgl. das entsprechende Zitat in: Bischofliches Ordinariat (Hg.), Pastoriale Ansprechperson, 6.

154 Reinhold Ahlers, in: MKCIC 515, Rn. 4c.


Partizipation im Rahmen des Möglichen